

## **Inklusion ist nicht optional**

Geplante Kürzungen der Schulbegleitungen gefährden Bildung, Teilhabe und Sicherheit

Ein offener Brief des Elternrats des Campus Kieler Straße sowie betroffener Eltern

Hamburg, 28. Juni 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns mit diesem offenen Brief nicht nur an den Bürgermeister, Peter Tschentscher und die zuständigen Behörden, sondern auch an die politische Öffentlichkeit, an Verbände, Interessenvertretungen und an die Medien.

Die geplanten Kürzungen im Bereich Schulbegleitung haben ein erschreckendes Ausmaß angenommen und stellen eine ernsthafte Gefahr für einen gelingenden Unterricht dar. Bei einer Kürzung um 60% ist eine Teilhabe von Kindern, die auf diese Unterstützung angewiesen sind, nicht gewährleistet.

Nicht einmal so, wie die Schulbegleitung derzeit organisiert ist, deckt sie den tatsächlichen Bedarf ab. Durch die geplanten Kürzungen wird die Mangelwirtschaft auf die Schultern der Lehrkräfte und der Schulgemeinschaft verlagert, die dem Betreuungsbedarf nicht gerecht werden kann. Das ist Scheitern mit Ansage.

Seit in Kraft treten der UN-Behindertenrechtskonvention wurden Sonderschulen zugunsten von Inklusion an Regelschulen zurückgebaut oder abgeschafft. Doch anstatt ein funktionierendes System zu entwickeln, wird an den Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen immer wieder der Rotstift angesetzt. Der Abbau von segregierenden Schulmodellen hatte nie zur Aufgabe Kosten zu sparen. Vielmehr sollte es allen Kindern dadurch ermöglicht werden, gemeinsam zu lernen.

Mit den geplanten Maßnahmen darf bezweifelt werden, ob die Schulbehörde diesen, von ihr selbst formulierten, Vorgaben gerecht wird.

Wir fordern dazu auf, die Rechte der Kinder, die eine Schulbegleitung benötigen, zu wahren und durch Fachkräfte, die auf verbesserter fachlicher Grundlage und mit einer qualitativ gesicherten Ausbildung, die Teilhabe am Unterricht der Regelschulen weiterhin zu fördern und zu gewährleisten. Diese Aufgabe ist zu anspruchsvoll um sie ungelerten FSJler\*innen aufzubürden.

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Schulen muss sichergestellt sein. Wir verweisen außerdem auf die Pflichten der Schulbehörde als Dienstherrin der betroffenen Lehr- und pädagogischen Fachkräfte, denen gegenüber sie zur Fürsorge verpflichtet ist. Die zusätzliche Aufgabe, fehlende Unterstützung im laufenden Schulbetrieb auszugleichen, läuft auf eine massive Mehrbelastung hinaus.

Es geht hier nicht um die Forderung nach verbessertem Komfort oder zusätzlicher Förderung, sondern es geht um die grundlegende Teilhabe an und um Bildung, um Sicherheit, um Würde und um Chancengleichheit für Kinder, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Wir fordern die Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung daher auf

- keine Kürzungen der Leistungen zur Sicherstellung von Inklusion vorzunehmen und der Pflicht zur Inklusion im Sinne der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention nachzukommen
- transparent und schnell über die geplanten Maßnahmen zu informieren
- die betroffenen Familien und Fachkräfte mit einzubeziehen
- die individuellen Bedarfe der Kinder zu berücksichtigen
- sicherzustellen, dass die Sicherheit, Förderung und Teilhabe aller Kinder jederzeit gewährleistet bleibt
- sicherzustellen, dass die Rechte, die Sicherheit und die Teilhabe der Kinder nicht aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden.

Wir bitten außerdem Journalistinnen und Journalisten: Machen Sie unsere Kinder sichtbar. Nicht als Kostenfaktor, nicht als Verwaltungsfall, sondern als Kinder mit Rechten, Bedürfnissen und Zukunftsperspektiven.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand des Elternrat Campus Kieler Straße